II-4050 der Beilugen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2081 /J 1988 -05- 03

ANFRAGE

der Abgeordneten Freda BLAU-MEISSNER und Genossen an die Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Sport betreffend die außenpolitischen Auswirkungen der Aufrechterhaltung der Ehrenbürgerschaft für Hermann Göring durch die Gemeinde Mauterndorf

Mitte April erschienen in mehreren Zeitungen Berichte, denen zufolge in der Gemeinde Mauterndorf (Salzburg) eine Ehrenbürgerschaft für Hermann Göring bestehe. Bemerkenswert an diesen Meldungen war der Zusatz, daß die zuständigen Gemeindeorgane diese Ehrenbürgerschaft in vollem Bewußtsein der furchtbaren Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die Hermann Göring als Hauptverantwortlicher für den Einsatz ausländischer Arbeitskräfte und Mit-Organisator der Judenvernichtung begangen hat, aufrechterhalten wollen. Begründet wird – den Zeitungsberichten zufolge – diese Beibehaltung der Ehrenbürgerschaft Görings mit dessen Leistungen für die Gemeinde. Diese Werte-Abwägung des Lungauer Gemeinderates bedeutet eine gefährliche Verharmlosung der Person und der Verbrechen der Person Görings und der NS-Herrschaft überhaupt und stellt eine Gefahr für die Bewußtseinsbildung insbesondere der Jugendlichen in der Region dar.

In diesem Zusammenhang richten die unterzeichneten Abgeordneten

an die Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Sport folgende

Anfrage:

- 1. Welche Maßnahmen hat das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport unter Ihrer Ministerschaft gesetzt, um die Schuljugend über die Verbrechen des NS-Regimes außzuklären?
- 2. Welche Auswirkungen hat die Beibehaltung der Ehrenbürgerschaft für Hermann Göring auf das Geschichtsbewußtsein heranwachsender Menschen im Lungau?
- 3. Was werden Sie unternehmen, um wenigstens in den Schulen der Region das Bild Görings zu korrigieren?